

Rede von Denis MacShane zur Ratifizierung des Verfassungsvertrags (London, 19. Januar 2005)

Legende: Am 19. Januar 2005 hält der britische Europa-Minister Denis MacShane vor dem Londoner Royal Institute for Internationale Affairs eine Rede, in der er die Bedeutung des Entwurfs des Verfassungsvertrags für Großbritannien und die Europäische Union besonderes betont.

Quelle: Denis MacShane: The challenge of Europe in UK politics. [ON-LINE]. [s.l.]: Foreign and Commonwealth Office, [29.04.2005]. Disponible sur <http://www.fco.gov.uk/servlet/Front?pagename=OpenMarket/Xcelerate/ShowPage&c=Page&cid=1007029391647&a=KArticle&aid=1106073512906>.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:
http://www.cvce.eu/obj/rede_von_denis_macshane_zur_ratifizierung_des_verfassungsvertrags_london_19_januar_2005-de-1ed2463b-4a09-487c-b448-47962096c88d.html

Publication date: 05/07/2016



Denis MacShane: *Die Europa-Frage in der britischen Politik* (19. Januar 2005)

Nächsten Monat beginnt ein parlamentarisches Verfahren zur Aussprache über den Verfassungsvertrag durch die Parlamentsmitglieder. Das Parlament wird über ein Ja oder Nein zu dem Vertrag abstimmen, der eine neue Europäische Union mit 25 souveränen, unabhängigen Mitgliedstaaten definiert, deren Zahl sich in Kürze noch erhöhen wird. Es ist gut, dass das Unterhaus ausführlich über Europa debattiert und über ein Gesetz abstimmt, damit die Bevölkerung und alle Welt sehen, wie die Parlamentarier zu Europa stehen.

Das Lager der Neinsager begnügt sich nicht mit einem Nein zu dem neuen Vertrag. Die Personen hinter der Nein-Kampagne haben unerschöpfliche Geldreserven und eine der mächtigsten Propagandamaschinen aller Zeiten zu ihrer Verfügung. Wie schon der Premierminister dem Unterhaus mitteilte: Es ist eine politische Illusion, zu glauben, die restlichen 24 Länder würden sich freudig zusammensetzen und ein Regelwerk zerreißen, das sie selbst vereinbart haben.

Jack Straw unterstrich letzten Monat im *Centre for European Reform*, die Politik der konservativen Partei sei letztlich darauf ausgerichtet, Großbritannien zum Rückzug oder Austritt zu zwingen. Beides würde uns isolieren und an den Rand drängen und hätte katastrophale Folgen für die Interessen Großbritanniens und unser Ansehen in der Welt. Das Lager der Neinsager wird nur dann anwachsen, wenn es Nahrung erhält. Ein negatives Ergebnis bei der Volksabstimmung ist nur der erste Schritt, um Großbritannien ganz aus der EU herauszuführen.

Manche meinen, Großbritannien könne ein „Offshore“-Norwegen oder eine „Offshore“-Schweiz werden. Dabei müssen viele der Gesetze in diesen Ländern nun auf die Regelungen und Vorschriften der EU abgestimmt werden. Norwegen hat mehr EU-Richtlinien umgesetzt als Großbritannien. Um die Freizügigkeit über die Grenzen hinweg zu gewährleisten, tritt die Schweiz dem Schengen-Abkommen bei und wird künftig keinerlei Kontrolle über die von der EU gefassten Beschlüsse in diesem Bereich haben. Bern muss den so genannten Schengen/Dublin-Besitzstand in all seinen künftigen Formen umsetzen. Darüber hinaus müssen die Steuerzahler an den Fjords und in den Alpen für das Privileg, mit dem Rest Europas Handel treiben zu dürfen, Hunderte von Millionen Euros an Brüssel abführen.

Ein Großbritannien außerhalb der EU würde viele Rechte einbüßen, die wir für selbstverständlich halten. Ein solches Großbritannien außerhalb der EU müsste sich letzten Endes wie Norwegen und die Schweiz den in Brüssel beschlossenen Regelungen unterwerfen.

Wir hätten keinen Sitz an dem Tisch, an dem diese Beschlüsse gefasst werden. Isolation ist niemals „splendid“. Diese nationale Politikdebatte findet zudem zu einer Zeit statt, da die Hinweise darauf, dass der engagierte Verbleib Großbritanniens in der EU im nationalen Interesse liegt, so zahlreich sind wie nie zuvor.

Jenseits des Kanals glauben viele, Großbritannien habe bereits zu viel Einfluss und Mitsprache in Europa. Der frühere französische Premierminister Laurent Fabius etwa teilte dem *New Statesman* im vergangenen November mit: „Das britische Konzept hat triumphiert.“ Der französische Sozialist Vincent Peillon äußerte vor zwei Monaten dem *Spiegel* gegenüber: „Ein Ja zu diesem Verfassungsvertrag bedeutet den Sieg für das englische Europa.“

„Warum ist es eigentlich immer die angelsächsische Linie, die sich durchsetzt?“, hörte man Fabius während der Europadebatten der Sozialistischen Partei Frankreichs im vergangenen Jahr in den Korridoren der Nationalversammlung in Paris klagen.

Als Europaminister stelle ich in meinen Gesprächen quer durch Europa fest, dass der Respekt für das Vereinigte Königreich weit höher ist als je zuvor während der 30-jährigen Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU, außer vielleicht Mitte der 1980er Jahre, als Mrs. Thatcher Jacques Delors, Helmut Kohl und François Mitterrand bei der Schaffung des europäischen Binnenmarktes unterstützte – der größten Zusammenführung von Hoheitsrechten in der britischen Geschichte. Es war auch Mrs. Thatcher, die in einer berühmten Erklärung den Ruf nach einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik initiierte. Die GASP ist ein in Großbritannien geborener Beitrag zu Europa.

Ich wünschte, wir könnten uns so sehen, wie andere es tun! Jenseits des Ärmelkanals werden wir als die Gewinner in Europa betrachtet. Hier bei uns zuhause zeichnen die Neinsager und die Antieuropäer ein ganz anderes Bild. Wir müssen uns fragen, warum.

Natürlich gibt es vieles in der Europäischen Union, was in diesem Land Reibungen verursacht. Großbritannien gehörte weder zu den Haupttriebkraften bei der Gründung der Union, noch spiegelt diese im Allgemeinen unsere eigenwillige politische Kultur und Traditionen wider. Trotz unseres hart erkämpften Haushaltsausgleichs zählen wir weiterhin zu den Nettozahlern in die EU-Kassen. Viele fühlen sich von den EU-Organen (etwa diesem seltsamen Wesen, der Kommission), ihren korporatistischen Instinkten und sogar ihrer Ausdrucksweise wie *acquis communautaire* usw. vor den Kopf gestoßen. Es gibt zweifellos Verschwendung und sogar Amtsmissbrauch bei so manchen Vorgängen in der EU. Die Reform einiger Politikbereiche – etwa der Gemeinsamen Agrarpolitik – hat sich als schmerzlich langsam und kompliziert erwiesen. Vielleicht fühlen viele Briten jedoch vor allem, dass ihnen in den 1970er Jahren nur etwas vorgegaukelt wurde. Sie hatten dem Beitritt zu einem Gemeinsamen Markt zugestimmt, und stattdessen, so die Kritiker, finden sie sich in einem Streit einer immer ambitionierteren politischen Union wieder.

Ich nehme mich der Argumente der Anklage deshalb so ausführlich an, weil ich spüre, dass viele der schärfsten Kritiker der EU von dem Gefühl getrieben werden, ihre Bedenken würden von den Befürwortern nicht ernst genommen. Nicht so von mir. Ich verstehe, warum manche Menschen die ganze Unternehmung als kontinentale Rampe sehen. Ich kann die Frustrationen all jener nachempfinden, die beklagen, dass es immer wir Briten seien, die sich anzupassen haben. Wenn jemand anfängt, auf der anderen Straßenseite zu fahren, sind es ganz sicher nicht unsere Partner, die auf die linke Seite wechseln. Wenn jemand die Stecker ändert, sind es nicht die anderen, denen plötzlich die seltsame Schönheit der dreipoligen, eckigen Variante aufgeht.

Auf all diese Anklagepunkte gibt es eine Antwort. Zu dem Vorwurf, die Wähler seien in der Volksabstimmung von 1975 übers Ohr gehauen worden, ist beispielsweise zu sagen, dass zum damaligen Zeitpunkt hinreichend bekannt war, dass die (damalige) EWG ein hochgradig politisches Vorhaben und weit mehr als nur ein Gemeinsamer Markt war. Dies war genau der Grund, warum sich Großbritannien zu Beginn fernhielt. Allerdings endeten unsere Anstrengungen zur Einrichtung einer einfachen Freihandelszone (EFTA) in eine Sackgasse. Das 1967 veröffentlichte Weißbuch sprach die politischen – und konstitutionellen – Konsequenzen einer künftigen Mitgliedschaft in der EWG klar an. „Die verfassungsmäßige Innovation“, so das Weißbuch, „läge in der vorweggenommenen Zustimmung dazu, dass ein Teil der Gesetze des Vereinigten Königreichs künftig Bestimmungen unterliegen würde, die von den Organen der Gemeinschaft erstellt wurden – eine Situation, für die in diesem Land kein Präzedenzfall existiert“.

Und auch auf all die anderen Vorwürfe gibt es gute Antworten. Doch auf diesen Fragen ist weiß Gott schon genug herumgeritten worden. Lassen Sie mich daher unmittelbar zum Kern der Sache kommen. Warum bin ich so sehr davon überzeugt, dass Großbritanniens Platz im Herzen des europäischen Projektes liegt? Warum bin ich dazu entschlossen, uns sogar eine noch zentralere Rolle zuzuweisen?

Ich gehe von einer einfachen Feststellung aus: Ob es einem gefällt will oder nicht, die Europäische Union war in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts die Grundlage der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Europas, und sie ist es immer noch. Sie war Grundlage für die Wiederherstellung des Wohlstands in Westeuropa nach den Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs – und insbesondere für das deutsche Wirtschaftswunder. Sie verhalf der Demokratie in Spanien, Portugal und Griechenland dazu, nach einer Zeit der Diktaturen Wurzel zu fassen, und bot ein Modell für die wirtschaftliche Modernisierung dieser Länder. Sie stellte nicht nur den Rahmen, sondern auch viele der Mittel für die erstaunlich rasche Entwicklung ihrer ärmsten Mitglieder zur Verfügung, von Irland bis Griechenland.

Vor allem aber war sie eine natürliche Andockstation für die Länder Mittel- und Osteuropas, die sich aus der sowjetischen Vormundschaft lösten. Was wir in diesen Ländern gesehen haben – von den baltischen Staaten im Norden bis hin nach Ungarn und nun auch in Rumänien und Bulgarien und bald in der Türkei im Süden

–, ist ein fundamentaler Systemwechsel. Nicht eine dünne Schicht aus eingängigen Slogans über tief autoritären Strukturen, sondern eine tief gehende, liberale, demokratische Marktreform von innen heraus. Eine solche Reform war nur möglich, weil die EU einen detaillierten Fahrplan und praktische Hilfen für die europäischen Länder bietet, die dem Klub beitreten möchten. Der gesamte Beitrittsprozess erfordert strenge Disziplin und unerschütterliche Konzentration.

Der Balkan hatte die Möglichkeit einer EU-Mitgliedschaft zunächst abgelehnt, fand sich dann jedoch ohne Halt, ohne einen Tito, der alles zusammenhalten konnte, und ohne klare politische oder wirtschaftliche Linie. Dies hatte blutige Konsequenzen. Die Aussicht auf eine potenzielle Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist der nun einflussreichste Faktor für die Stabilisierung und die Entwicklung auf dem Balkan.

Nun gut, sagen vielleicht einige: Schön für Europa. Aber was hat all das mit Großbritannien zu tun? Warum können wir nicht einfach vom Rand aus applaudieren? Wir brauchen keine Unterstützung von außen für unsere Stabilität. Und unser Wohlstand wird durch die Zentnerlast europäischer Überregulierungen beeinträchtigt. Einige meinen sogar, die EU könne innenpolitische Unruhen in Großbritannien auslösen, falls wir weiterhin entgegen unsere tiefsten Instinkte mit unseren EU-Partnern flirten.

Solche Kritiker sehen sich vielleicht als Patrioten. Ich würde sie eher als Hasenfüße bezeichnen. Die britischen Instinkte und Interessen liegen darin, eine zentrale Rolle bei der Gestaltung des europäischen Kontinents zu spielen. Es ist eine groteske Idee, die unsere großen Vorfahren sicherlich entsetzen würde, den Hauptantrieb für Europas politische und wirtschaftliche Entwicklung unseren alten Rivalen zu überlassen, die mehr Talent und Selbstvertrauen besitzen. Wir würden nicht nur in Europa an Einfluss verlieren, sondern auch in den Vereinigten Staaten und in der ganzen Welt. Was einige als Befreiungsschlag darstellen, wäre eher ein Abgleiten in die Mittelmäßigkeit und Bedeutungslosigkeit. Wir sollten eigentlich mehr Selbstachtung besitzen.

Noch ironischer ist, dass eine solche Kapitulation überhaupt in Erwägung gezogen wird, wenn man bedenkt, dass Großbritannien bei der Gestaltung der Europäischen Union extrem einflussreich war, auch wenn wir oft die Letzten sind, die dies anerkennen oder feiern. Hier ein paar Beispiele dazu:

Das Binnenmarktprojekt, das Mrs. Thatcher – völlig zu Recht – so sehr am Herzen lag, wurde vornehmlich von Lord Cockfield erdacht und vorangetrieben, und zwar mit begeisterter britischer Unterstützung.

Großbritannien spielte eine zentrale Rolle bei der Verhinderung der so genannten Festung Europa und kämpfte stattdessen für das Prinzip offener Märkte, und zwar dermaßen erfolgreich, dass viele in Frankreich das verurteilen, was sie als angelsächsische neoliberale Verschwörung betrachten.

Wir haben den Prozess institutioneller Reformen und einer besseren Rechtsetzung in Brüssel vorangetrieben. Es ist noch ein weiter Weg, das sei unbenommen, aber wir standen im Zentrum dieser Aufgabe. Und es ist eine Aufgabe, die zunehmend mehr auf Englisch verhandelt und debattiert wird.

Wir waren die Vorreiter – die erfolgreichen Vorreiter – für die EU-Erweiterung.

Wir haben unermüdlich und ebenso erfolgreich auf eine stärkere Kooperation in der europäischen Außenpolitik hingearbeitet – wie dies Mrs. Thatcher wollte – und auf die Anfänge einer EU-Militärmacht im Gefolge der NATO. Anfangs gab es einige Bedenken, dass ein solches Projekt die USA zu einer politischen und militärischen Loslösung ermutigen könnte. Ich bin vielmehr davon überzeugt, dass Amerika eher mit uns zusammenarbeitet, wenn es sieht, dass wir eine größere Verantwortung für die Sicherheit vor unserer eigenen Haustür übernehmen. Vor über einem Jahrzehnt hat Europa auf dem Balkan kläglich versagt – was zahllose Menschenleben gekostet hat –, weil wir keine ausreichenden Kapazitäten für einen Einsatz jenseits unserer Grenzen hatten. Heute leitet die EU die Friedensmission in Bosnien, dazu schaffen europäische Truppen und EU-Missionen Raum in der Region für das Entstehen normaler politischer Prozesse.

Wir haben uns zudem für das Konzept eines flexiblen Europas eingesetzt, das interne Unterschiede toleriert

und sie zu seinem Vorteil nutzt. Die EU hat Mitglieder, die die Einheitswährung eingeführt haben, und andere, die dies nicht wollten; Mitglieder, die neutral sind, und andere, die in der NATO sind; Mitglieder im so genannten Schengen-System und andere, die entschlossen sind, die staatliche Kontrolle über ihre Außengrenzen zu bewahren.

Der Verfassungsvertrag lichtet nicht nur das bestehende Dickicht sich überlagernder Verträge, er beinhaltet auch viele der genannten britischen Themen. Er enthält klarere Definitionen zu den Befugnissen der unterschiedlichen Organe und bemüht sich, die nationalen Parlamente stärker am EU-Entscheidungsprozess zu beteiligen. Er sorgt für straffere Verfahren, damit die erweiterte EU leichter zu verwalten ist. Er enthält erstmals ausdrückliche Bestimmungen über den Austritt von Ländern, die die Europäische Union verlassen möchten (auch wenn ich selbst nie die Alpträume all jener geteilt habe, die glauben, sie seien in einer Höllenmaschine gefangen, aus der es kein Entrinnen gibt).

Kurzum, der neue Vertrag bekräftigt die Rolle der EU als eine Gemeinschaft der Nationen. Es ist ein Vertrag, der vor allem den Briten zusagen sollte; und das ist kaum ein Zufall, da wir eine solch einflussreiche Rolle bei seiner Ausgestaltung gespielt haben. Darum hoffe ich, dass er eine starke Unterstützung durch die britische Bevölkerung erfahren wird.

Es gibt noch ein weiteres Argument, das ich zugunsten der Europäischen Union und eines starken britischen Engagements darin anführen möchte, nämlich dieses: Zeit meines Lebens war zu beobachten, dass die gegenseitige Abhängigkeit auf der Welt immer stärker zunimmt. Allerdings verstehen wir die wahren Konsequenzen dieser Entwicklung erst seit einigen Jahren. Die Unmenge an Problemen, von internationaler Kriminalität und illegaler Zuwanderung bis zum Klimawandel und zur Verbreitung von Kernwaffen, von der Verringerung der weltweiten Armut bis zur länderübergreifenden Krankheitskontrolle und zum Krisenmanagement, zeigt klar, dass einzelne Nationen mit deren Lösung überfordert sind.

Selbst die größte Supermacht der Welt, die USA, muss die Grenzen ihrer Staatsmacht anerkennen. Dennoch sterben die Nationalstaaten nicht aus. Es gibt immer mehr davon, und sie sind zu Recht dazu entschlossen, den größtmöglichen Einfluss auf ihre Zukunft zu behalten. Europa strebt keineswegs eine einzige Stimme oder einen einzigen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat an, vielmehr wünschen wir uns, dass Deutschland sich entschlossen um einen eigenen Sitz neben Frankreich und dem Vereinigten Königreich bemüht. Statt dass die EU die Nationalstaaten ignoriert, sehen wir an so unterschiedlichen Aspekten wie dem direkten Handel mit Nordzypern oder dem einheitlichen EU-Patent, dass Staaten nur den kleinen Finger zu heben brauchen, um Fortschritte zu blockieren, die Großbritannien gerne verwirklicht sehen würde. Das Interessante ist nicht, wie viel in Brüssel entschieden wird, sondern wie wenig. Selbst die von Brüssel ausgegebenen Gelder werden den nationalen Regierungen zur Verteilung an Landwirte oder für die Regionalentwicklung zugeführt, mit all den Möglichkeiten für Verschwendung, Betrug und Misswirtschaft auf nationaler und lokaler Ebene, die leider vorkommen. Brüssel erhält die Schuld, dabei sind es die nationalen Ministerien und nationalen Nutznießer der EU-Gaben wie Landwirte und Regional- oder Lokalverwaltungen, die gewöhnlich für den Missbrauch verantwortlich sind.

Damit stellt sich die Frage: Wie lassen sich die Passionen der Staaten kontrollieren und in konstruktives Handeln ummünzen?

Die Vereinten Nationen sind trotz all ihrer Tugenden ein sehr stumpfes Instrument für diesen Zweck. Es ist schlicht unmöglich, in einer derart großen Generalversammlung Beschlüsse zu erzielen, bei all den konkurrierenden Interessen und Eifersüchteleien und solch begrenzten Befugnissen. Auch in den anderen internationalen Institutionen sehen wir die Grenzen einer riesigen Mitgliederzahl, den resultierenden Koordinationsmangel und die Unfähigkeit, gemeinsame Initiativen zu entwickeln.

Die Europäische Union zeigt trotz all ihrer Fehler als bislang am weitesten entwickeltes Experiment, was auf regionaler Basis möglich ist, um das zu bewahren, was Nationalstaaten besonders auszeichnet:

- ihr Identitätssinn, ihre gemeinsame Geschichte und ihr Patriotismus; ihre eigenen Sprachen, Kulturen und Traditionen; für die Länder Mittel- und Osteuropas hat sich die EU-Mitgliedschaft sogar zum eigentlichen

Ausdruck ihrer nationalen Identität entwickelt, die so lange vom Sowjetkommunismus unterdrückt wurde; und das Schlechteste an ihnen hinter sich zu lassen:

- Nationalismus im negativen Sinn; Fremdenhass; handels- und geldpolitische Strategien zum gegenseitigen Schaden; die Unfähigkeit zu einer gemeinsamen Politik; und letztendlich die Tendenz, sich gegenseitig zu bekriegen (so deutlich und über so viele Jahrhunderte hinweg auf unserem Kontinent veranschaulicht).

Dieses an sich schon wichtige Experiment hat sich als einzigartiger Erfolg erwiesen. Darüber hinaus schafft es auch ein wertvolles Vorbild. Die Vereinigten Staaten sind die überragende Weltmacht und der Motor für viele der besten Dinge in der Welt von heute. Sie sind jedoch so groß – und ihr Föderalismus so unübertragbar auf andere Regionen (weil dies wirklich das Schreckgespenst eines Superstaates heraufbeschwören würde) –, dass sie keine Modellfunktion besitzen können. Die Europäische Union dagegen hat den Weg für solch unterschiedliche Experimente wie ASEAN in Asien, Mercosur in Lateinamerika und nun die Afrikanische Union bereitet. Diese Experimente sind in der heutigen Zeit relevanter und notwendiger denn je.

Natürlich stellen sich Herausforderungen. Die politische und institutionelle Entwicklung Europas in den letzten Jahren – die Erweiterung, die gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik und die neuen Verträge, insbesondere der neue Vertrag von Rom – sind der wirtschaftlichen Entwicklung Europas weit vorausgeeilt.

Vor allem die drei großen Volkswirtschaften auf dem Kontinent – Deutschland, Frankreich und Italien – waren nicht dazu imstande, ihr Wachstumspotenzial ausreichend auszuschöpfen. Dies auf die Einheitswährung zu schieben, ist ebenso wenig angemessen, wie das Wachstumsgefälle in den verschiedenen US-Bundesstaaten dem Dollar anzulasten. Schuld waren Fehler in der nationalen Wirtschaftsführung – vor allem bei der Neubelebung der Arbeitsmärkte und der Umstellung auf eine neue wissens- und wissenschaftsbasierte Wirtschaft.

Großbritannien wird weiter für Wirtschaftsreformen, für eine bessere Rechtsetzung und für eine Stärkung der wettbewerbsbezogenen und unternehmerischen Herausforderungen in Europa eintreten. Die Vereinigten Staaten haben in den vergangenen zwanzig Jahren massive Kapitalzuflüsse erlebt – eine Art umgekehrter Marshall-Plan, bei dem die Armen der Welt ihre Ersparnisse nach Amerika geschickt und den Amerikanern so zu höherem Wohlstand verholfen haben.

Europa muss für Kapitalzuflüsse attraktiver werden und die Kaufkraft seiner Bürger freisetzen. Die Zinssätze und Inflationsraten in der Eurozone sind so niedrig wie noch nie. Doch die Verbraucher geben ihr Geld nicht aus, es gibt zu viele Sparer und nicht genügend Käufer. Großbritannien hat seit 1997 wirtschaftliche Dynamik mit sozialer Verantwortung verknüpft – und dabei ein Gleichgewicht zwischen der individuellen Privatsphäre und dem kollektiven Raum geschaffen, der staatliche Organisation und gemeinsame Regeln benötigt.

Es gibt nicht ein einziges europäisches Modell, sondern Reformen in Frankreich, in Deutschland, in Italien und natürlich auch hier in Großbritannien, die umzusetzen sind. Dies wird die Aufgabe Großbritanniens während unserer Ratspräsidentschaft sein – für Reformen einzutreten, sodass die Bürger Europas die materiellen Vorteile genießen können, die sich aus der Aufhebung der Handels- und Devisenbeschränkungen ergeben sollten.

Wir müssen uns auch mit dringenden Problemen in unserer Nachbarschaft befassen. Welche positive Botschaft kann die EU zum Beispiel der Ukraine senden? Millionen unserer europäischen Mitbürger in Kiew und Lwow haben eine europäische Ukraine gewählt. Wie reagieren wir auf ihr Begehren?

In Kürze jährt sich der kaltblütige Mord an 8000 Europäern in Srebrenica zum zehnten Mal. Wie kann die EU Serben und Kroaten davon überzeugen, all die nach Den Haag zu überstellen, die im letzten Jahrzehnt schrecklicher Kriegsverbrechen angeklagt wurden?

Großbritannien hat in diesem Jahr den Vorsitz der G8. Wie bewältigt die EU die Aufgabe, zur Bekämpfung der globalen Erwärmung und der Probleme Afrikas beizutragen?

Für die kleineren Länder der EU muss dringend eine Reaktion der Gemeinschaft auf Katastrophen wie den Tsunami formuliert werden, da diese nicht über das konsularische und sonstige Personal verfügen, das bei einem solch furchtbaren Ereignis nötig ist, um ihren Staatsbürgern zu helfen.

Europa brachte 1,5 Milliarden Euro auf, dazu wurden Flugzeuge und diplomatisches Personal aus verschiedenen EU-Mitgliedstaaten zusammengezogen, um allen EU-Bürgern in dieser Tragödie beizustehen.

Weitere Bereiche sind die ständige Herausforderung im Nahen Osten und die Notwendigkeit, den fundamentalistischen Terror zu besiegen.

Und: Welche Beziehung wird Europa zu den Vereinigten Staaten aufbauen, nun da Präsident Bush klar wiedergewählt wurde?

Vor zwei Jahren, ja noch vor zwölf Monaten, hätte ich berichten müssen, dass die zahlreichen Meinungsunterschiede in der EU – zum Irak, zur Verfassung, zur Neuzusammensetzung der Kommission – Europa daran hinderten, eine gemeinsame Stimme und Bestimmung zu finden.

Heute spüre ich, dass die wichtigsten Länder der EU mehr als je zuvor erkennen, dass ihre Zusammenarbeit, das Leben nach einem Regelwerk gemeinsamer Gesetze unter den bestehenden wie auch dem neuen Vertrag und das Ringen um gemeinsame Haltungen – zum Iran, zum Sudan, zum Schuldenerlass – allen 450 Millionen Europäern eine weit bessere Zukunft bieten.

Es existieren einflussreiche, wohlhabende, leidenschaftliche politische Eliten, die ein anderes Europa wollen – das alte Europa der Nationen voller Rivalitäten und Konflikte. Das nächste Kapitel in der britischen Geschichte wird entscheiden, ob unser Land, unsere große europäische Nation sich dafür ausspricht, das neue Europa mitzugestalten und es sogar mitzulenken, oder ob wir die Isolation und den Verlust unseres Einflusses in der Welt von morgen wählen.